



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/201 - 7. September 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 896 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	Unser Verhältnis zu Polen Bemerkungen nach einer Reise Von Dr. Karl Mommer, MdB	111
4	Nach Eisenhowers Europa-Tournee Für die Begegnung mit Chruschtschow gerüstet	46
5	Wie kann billig die Ernte einbracht Eine Mark Lohn für acht Stunden Arbeit in der Sowjetzone	32
6	Wenn die Volksseele kocht ... Bedenkliche Erscheinungen	38
7	Abschwächung Zustrom in das Ruhrgebiet eingedämmt	36

* * *
* *

Unser Verhältnis zu Polen

Bemerkungen nach einer Reise

Von Dr. Karl Kommer, MdB

Das 30-Millionen-Volk der Polen hat in unsagbarer Weise unter Hitlers Angriffskrieg und Rassenwahn gelitten. Es hat mit erstaunlichem Erfolg seine Hauptstadt und seine Wirtschaft wieder auf- und ausgebaut. Es ringt mit ausgeprägtem Sinn für das Mögliche innerhalb der kommunistischen Welt um ein Maximum von äußerer Selbständigkeit und innerer Freiheit. Dieses Volk wünscht auch mit den Deutschen, die ihm das größte Leid seiner Geschichte zufügten, wieder zu normalen Beziehungen zu kommen.

Wir konnten es überall feststellen: Selbst am 20. Jahrestag des Angriffs auf Polen haben wir, die wir diesen schwierigen Tag unter Polen aller Schichten verbrachten, keine herzfüllte oder feindselige Haltung gegen Deutsche - als die wir überall kenntlich waren - feststellen können. Dabei ist keineswegs vergessen, daß jeder fünfte Pole und jeder zweite Warschauer Einwohner im Krieg ums Leben kam. Was jetzt auf den deutsch-polnischen Verhältnis lastet, ist viel weniger die Erinnerung an das Geschehene als das Mißtrauen gegenüber der heutigen Entwicklung in Westdeutschland und die Furcht vor neuem deutschen Vordringen gegen Osten. Mißtrauen und Furcht sind groß und echt und schaffen eine Atmosphäre, in der selbst wohlgemeinte Schritte in Richtung auf eine Annäherung verkannt und mißdeutet werden. Die neun Abgeordneten, die jetzt in Warschau waren, haben davon fast täglich etwas zu spüren bekommen. Aderauers vielleicht wohlgemeinte, aber in Unkenntnis der Mentalität in Warschau zum 1. September gehaltene Rede und die gereizte Reaktion des polnischen Regierungschefs darauf bei einer großen Massenkundgebung zeigen auch, wie schwierig die Annäherung ist und mit wieviel Umsicht und Geduld sie ins Werk gesetzt werden muß.

Polens Angebot noch gültig

Unsere Gespräche mit polnischen Abgeordneten, hohen Beamten des Außenministeriums und mit Außenminister Rapacki selbst haben bestätigt, daß Polens Angebot der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ohne gegenseitige Bedingungen immer noch gültig ist. Polen wird dabei auf seinem Standpunkt beharren, daß die Grenze an der Oder-Weißer endgültig sei.

aber es wird nicht die ausdrückliche Anerkennung dieses Standpunktes von uns verlangen. Wir können dagegen unseren Standpunkt vertreten, daß die polnische Westgrenze erst in einem Friedensvertrag endgültig festgelegt werden kann. Unsere einseitige Rechtsverwahrung in Bezug auf die Grenzen bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion kann als Richtschnur und Präzedenzfall dienen.

Als Kränkung empfunden

Die Verweigerung der diplomatischen Beziehungen durch die Bundesrepublik wird in Polen auch als Kränkung empfunden. Gewiß erwartet man von den Deutschen, daß sie der Verantwortung für das unter Hitler Geschehene nicht ausweichen, noch mehr aber erwartet Polen, wie Rapacki es uns als Kommentar zu Adenauers Rundfunkrede vom 1. September sagte, daß wir durch Taten eine neue innere Haltung gegenüber Polen beweisen. Der Leiter der Deutschland-Abteilung im polnischen Außenministerium, Herr Lobodicz, beklagte das Fehlen jeder konstruktiven Polenpolitik in Bonn, was aus der Ablehnung aller polnischen Verbindungs- und Entspannungsvorschläge und dem Fehlen eigener Bonner Vorschläge ersichtlich sei.

Nach den Erfahrungen, die wir machten, kann man als sicher unterstellen, daß es bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen eine überflüssige Sorge wäre, sich über die Reaktionen Moskaus Gedanken zu machen. Umgekehrt sollte man sich nicht der Illusion hingeben, als könnten wir durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen Polen der Sowjetunion entfremden. Jede Äußerung in westlichen Reden, die als ein Versuch zu solcher Entfremdung gedeutet werden kann, stößt auf gereizte und energische Abwehr der Polen, die nicht die Absicht haben, sich zwischen die Stühle zu setzen. Die Liebe der Polen zum Kommunismus und zu den Russen ist nach dem Urteil in Polen ansässiger Beobachter gering, groß ist die Anhängerschaft Gomulkas, der die Zwangsläufigkeiten der politisch-geographischen Situation Polens begriff und entschlossen ist, nach seinen Einsichten zu handeln. Außerdem - wenn ausgerechnet wir Deutschen den Versuch zu einer Entfremdung zwischen Polen und Russen machten, könnte nur das Gegenteil solcher Absichten dabei herauskommen.

Kontakt zum Volk, aber nicht zur Regierung ?

Das gilt auch für die schlichtweg törichtesten Absichten einiger CDU-Politiker, die Beziehungen zum "polnischen Volke" zu pflegen, aber keinen Kontakt mit der Regierung aufzunehmen. Wir haben feststellen

können, wie empfindlich die politischen Kreise auf solche Absichten reagieren. Wir glauben auch sagen zu können, daß angesichts der Atmosphäre in Volke nicht die mindesten Ansatzpunkte für eine solche Politik gegeben sind.

Sehr deutlich ist für uns geworden, daß Polen für unsere Bundesregierung eine "terra incognita" - eine "unbekannte Erde" - ist, als wir uns in politischen Gesprächen mit dem zuerst angekündigten und dann nicht erfolgten Angebot eines Nichtangriffspaktes befaßten. Ein Nichtangriffspakt kann eine gute Sache sein, wenn ein gewisses Quantum an Vertrauen erst einmal geschaffen ist. Er kann zu gegebener Zeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen folgen, ihnen aber nicht vorausgehen und sie noch weniger ersetzen. In Polen ist man - in simplifizierender Weise - allzu leicht bereit, Parallelen zwischen dem heutigen Deutschland und dem Dritten Reich zu ziehen. Bei der Idee des Nichtangriffspaktes kommt dort als erster Gedanke die Erinnerung daran, daß Hitler 1934 seine Polenpolitik mit einem Nichtangriffspakt begann. Ganz allgemein sollte man in Bonn auch bei Vorschlägen mit besten Absichten nicht mit der öffentlichen Ankündigung der Vorschläge anfangen. Es ist alles so schwierig mit Polen. Man informiere sich zuerst über geeignete diplomatische Querverbindungen, ob, wann und wie der Vorschlag drüben auf freundliche Aufnahme rechnen kann.

Polnische Hoffnungen und Befürchtungen

Wenn die Polen immer wieder versichern, daß das wichtigste Ziel ihrer Politik die Erhaltung des Friedens ist, so kann man jedem von ihnen aufs Wort glauben. Niemand ist mehr als sie an Entspannung und Abrüstung interessiert. Niemand hofft mehr als sie, daß die jetzt sichtbaren Ansätze dazu sich fortentwickeln. Sie haben sich mit dem Rapacki-Plan, der wirklich bei ihnen und nicht im Krenl entstanden ist, um einen konstruktiven Beitrag bemüht und sind dabei gerade bei der Bundesregierung auf brüske Ablehnung gestoßen. Deutsche atomare Aufrüstung in Verbindung mit einigen Reden von CDU-Politikern, die man drüben revarchistisch nennt - das ist der Albdruck der Polen. Er ängstigt auch dann, wenn man in rationaler Diskussion zugeben muß, daß Krieg auch für die Deutschen Selbstmord und deshalb unmöglich wäre. Die fortdauernde Weigerung der Bundesregierung, die Grundgedanken des Rapacki-Planes auch nur als Ausgangspunkt für eine Diskussion anzunehmen, wird in Polen ein dauernder Grund zum Mißtrauen sein.

Am Ende unserer politischen Gespräche in Warschau stand immer das, was auch hier zum Schluß stehen soll: das A und O und der erste Schritt zur Normalisierung ist die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Polen. Wird sich der Auswärtige Ausschuß des Bundestages, wenn er sich Anfang Oktober wieder einmal mit dem Problem befaßt, zu neuen Entschlüssen durchringen?

Nach Eisenhowers Europa-Tournee

sp -Mit einer wohlverdienten Ruhepause in einem schottischen Bergschloss hat der amerikanische Präsident Eisenhower am Wochenende seine Europa-Tournee abgeschlossen. Sie hat ihn nach Bonn, London und Paris geführt, und überall, wo das berühmte Lächeln Eisenhowers auftauchte, schlug ihm der Jubel von Hunderttausenden entgegen. Selbst die nüchternen Briten konnten sich der Begeisterungstürme nicht enthalten. Das Frankreich de Gaulles versuchte Bonn und London durch einen noch prunkvolleren Empfang in den Schatten zu stellen.

Man erinnere sich der eigentlichen Motive dieser europäischen Erkundungsfahrt des amerikanischen Präsidenten: Als Eisenhower zur Überraschung der ganzen Welt seinen Entschluss verkündete, den russischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow nach den Vereinigten Staaten einzuladen und eine Gegeneinladung für eine Reise in die Sowjetunion anzunehmen, vollzog sich damit ein diplomatischer Szenenwechsel von einer bisher noch nicht zu übersehenden Tragweite. Nicht überall in der westlichen Welt wurde die nun am 15. September erfolgende Begegnung zwischen den beiden mächtigsten Männern der Welt, die heute noch den Schlüssel zum Weltfrieden in ihren Händen halten, als Erleichterung empfunden; manche westlichen Politiker und Staatsmänner knüpften daran die Befürchtung, zwischen Eisenhower und Chruschtschow werde es zu so etwas wie einer Interessenaufteilung über die Köpfe der Kleinen hinweg kommen. In Paris und Bonn herrschte Alarmstimmung. Mit einem schweren diplomatischen Sarggepäck flog Eisenhower nach Europa. Am wenigsten Widerstand hatte er in Grossbritannien zu erwarten. Eisenhowers Intensionen und die neue Form der Diplomatie entsprachen durchaus britischen Absichten und Wünschen.

Wie weit es dem amerikanischen Präsidenten gelungen ist, das sich zunächst widerstrebende Bonn und Paris in harmonischen Einklang mit seinen politischen Zielsetzungen zu bringen, dürfte wohl erst die nächste Zukunft erweisen. Auf die offiziellen Kommuniqués ist hier als Richtschnur kein Verlass, sie halten sich an mehr oder weniger allgemeine Selbstverständlichkeiten und vermeiden es sorgfältig, politische Substanz zu berühren. Sie weichen den Kernfragen aus.

Chruschtschow hat in einem Artikel in den "Foreign Affairs" gewissermassen als seinen Beitrag zu Eisenhowers europäischer Erkundungsfahrt noch einmal seine bekannten Koexistenz-Thesen entwickelt, die Lehren der Geschichte, wie er sie versteht, strapaziert und als die Frage aller Fragen den Abschluss eines deutschen Friedensvertrages bezeichnet. Sein Gespräch mit Eisenhower dient zwar nicht Verhandlungen, aber sicherlich wird es den Rahmen festlegen für den grossen Versuch, dessen Notwendigkeit beide erkennen, die Beziehungen zwischen Westen und Osten zu entschärfen und ein Klima herbeizuführen, das die Energien der Völker mehr auf die Werke des Friedens richtet. Ob Eisenhowers Europa-Tournee wirklich zu jener inneren Festigung der Welt geführt hat, wie sie nun so oft betont wird, bleibt bis dahin ein offenes Kapitel.

Wie man billig die Ernte einbringt

B. Die SED kann sich in ihrer Propaganda nicht genug tun, immer wieder hervorzuheben, dass es ihre Hauptaufgabe sei, den Arbeiter vor den kapitalistischen Ausbeutern zu schützen. Wie es sich aber in Wirklichkeit verhält, kommen die Menschen in den Betrieben jeden Tag aufs neue zu spüren. Da werden die Normen erhöht, Sonderschichten aus irgendwelchen Anlässen eingelegt. Selbstverständlich geht der Erlös dieser Schichten in den Beutel der SED.

Was sich aber jetzt auf den "volkseigenen" Gütern und in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Bezirk Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) abspielt, schlägt dem Fass den Boden aus. Da auch hier, wie an allen Enden in der Sowjetzone es an Arbeitskräften mangelt, werden Industriearbeiter nach Feierabend auf die Güter geschickt, die ihren Kollegen in den Produktionsgenossenschaften bei der Ernte helfen müssen. Das geschieht natürlich alles "freiwillig".

Um die in den letzten Jahren in Sachsen wie Pilze aus dem Boden geschossenen Hopfenkulturen abzurnten, hat sich die SED der Hilfe der Hausfrau versichert. Der Hopfen muss mit den Händen geerntet werden; es dauert lange Zeit, ehe da ein Korb gepflückt ist. Dabei geht es nicht ohne Kratzer und Schrammen an nicht durch grobe Kleidung geschützten Körperstellen ab. Das wollten die Frauen noch hinnehmen, denn es war guter Lohn versprochen worden. Und was hatten die Frauen nach acht Stunden emsigen Pflückens verdient? Ganze 2,40 Ostmark. Davon wurden dann noch 75 Pfennig für ein Essen aus der LPG-Küche abgezogen, so dass die Frauen nach Abzug der Auslagen für Verkehrsmittel bis zum Sammelplatz kaum mehr als eine Ostmark für einen Tag Arbeit mit nach Haus brachten. Dass keine der Frauen ein zweites Mal zur Ernte in die Hopfenkulturen gefahren ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Sie waren sich auch nicht bewusst, eine - wie es die SED so gern hinstellen möchte - "sozialistische Tat" vollbracht zu haben. Ihr Urteil am Abend war eindeutig: "Einmal und nicht wieder!"

Wenn die Volksseele kocht ...

U.B. - Historiker haben mit Eifer den unpolitischen Aufstand studiert, dem man in den Spätzeiten Roms und Byzanz immer wieder begegnet. Clodius und Milo haben einst Straßenbanden beherrscht, denen die Politik nicht so wichtig war wie der Krawall. Und unter der Herrschaft des Justinian gerieten sich zwei Rennbahn-Parteien, die Roten und die Grünen, so erbittert in die Haare, daß wenig später das Reich Ostroms unter den Schlägen des Nike-Aufstandes fast in die Brüche zu gehen drohte.

Die Volkswut, die sich unkontrollierbar entzündet und meist gegen den Schuldlosen wendet, wird heute, in der Mitte des 20. Jahrhunderts, gern belächelt. Man hat ja eine gut funktionierende Polizei. Halbstarcken-Krawalle und Tötlichkeiten gegen Schiedsrichter auf dem Fußballfeld vermögen diesen Optimismus nicht zu trüben. Aber irgendwo im Unterbewußtsein der Gesellschaft scheint doch etwas zu rumoren, dem man vielleicht nicht genug Aufmerksamkeit zuwendet. Es kommt schon bei kleinen Gelegenheiten zum Ausbruch.

In Augsburg wurde in diesen Tagen ein 61-jähriger Mann totgeschlagen, weil er mit seinem Wagen die Ausfahrt auf einem Parkplatz versehentlich versperrte. An dieser Bluttat waren eine ganze Reihe von Leuten beteiligt, die überhaupt keinen Grund hatten, dem Mann irgendwie böse zu sein. Andere schauten mehr frohlockend als widerwillig zu. Zugleich wurde auch bekannt, daß in den letzten achtzehn Monaten in über sechzig Fällen Schrankenwarter, die nur ihrer Pflicht genügten, vor Verkehrsteilnehmern bedroht oder tätlich angegriffen wurden. Auch daran beteiligten sich oft Leute, die zufällig in der Gegend waren und denen die herabgelassenen Schranken eigentlich ganz gleichgültig waren. Sie schlugen dennoch zu und machten Radau.

Immer wieder und beängstigend häufig äußert sich dieses grundlose Vergnügen am Krawall, das vor wenigen Jahren am Vatertag in Hannover zu Straßenschlachten riesiger Menschenmengen mit der Polizei führte, obwohl nur ein kleiner Teil der Rauflustiger eigentlich wußte, worum es ging. Mag hier auch manchmal eine Abneigung gegen Uniformen oder gegen die Vertreter der staatlichen Hoheit im Spiele sein, vielleicht auch das "gesunde Volksempfinden", das sich zu Unrecht im Recht glaubt, so werden solche Fälle doch bedenklich, wenn wie in Augsburg ein alter Mann auf dem Wege der Lynchjustiz einfach ums Leben gebracht wird. Die Justiz wird in solchen Fällen unackgiebiger vorgehen müssen als sonst, damit sich die "kochende Volksseele" auf harmlosere Weise entlädt.

Abschwächung

Die Bevölkerung des Ruhrgebiets ist im Jahre 1958, so geht aus einer Aufstellung der Industrie- und Handelskammer Dortmund hervor, viel langsamer gewachsen als in den Vorjahren. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war infolge der Abschwächung der Konjunktur nicht mehr so dringlich. Damit wurde der Zustrom von Menschen in das Ruhrgebiet erheblich eingedämmt. Zum ersten Mal nach dem Kriege ist auch die Zahl der Beschäftigten in der Industrie gesunken. Im Kammerbezirk Dortmund nahm die Bevölkerung nur um 15.414 Menschen zu. 1957 hatte der Zuwachs noch rund 27.000 betragen. Der Wanderungsgewinn war 1958 mit 8.100 der niedrigste seit Ende des Krieges. Das Ruhrgebiet war - da die Schwerindustrie sich bereits vor Jahren stark mit Arbeitskräften versehen hat - schon in der jüngstvergangenen Zeit nicht mehr das bevorzugte Ziel der binnenländischen Wanderung. Seine Anziehungskraft hat erheblich nachgelassen.

Die Expansion der Wirtschaft hat sich verlangsamt. Die Zuwachsrate der Beschäftigten betrug nur 1,54 im Verhältnis zu zwei Prozent des Vorjahres und 4,2 Prozent im Jahre 1956. Die Verbrauchskonjunktur hat der abgeschwächten Konjunktur in den Schwerindustriezweigen wenig Abbruch getan. Die Mobilisierung der Frauenreserve setzte sich fort. Seit September 1956 ist die Zahl der beschäftigten Frauen um rund 10.500 gestiegen. Die Zahl der männlichen Arbeitnehmer ist dagegen nur langsam angestiegen als Folge der gedrückten Lage in der Schwerindustrie.

Die Stadt Dortmund war vom Rückgang der Konjunktur besonders betroffen, da sie Mittelpunkt der eisenschaffenden Industrie ist. Im Sommer 1958 kam es zu Entlassungen. Im allgemeinen aber konnte die Verringerung der Arbeitskräfte dadurch erreicht werden, daß man natürliche Abgänge nicht ersetzte. Der Bergbau verringerte seine Beschäftigtenzahl um rund 4.800, die eisenschaffende Industrie um rund 2.600. In der übrigen Industrie fiel die Zahl der Arbeitskräfte um 1.500.

Die Verschlechterung der Lage hat während der letzten Monate des Jahres 1958 die Kaufkraft vermindert. Die Bruttolohnsumme fiel im November unter die Vorjahreshöhe. Trotz einer niedrigeren Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war die Bruttolohnsumme über das gesamte Jahr gerechnet höher als im Jahre vorher. Die Industrie des Kammerbezirks zahlte 1958 rund 1.241 Millionen DM an Löhnen und damit rund 25 Millionen DM mehr als 1957.

"Demokratischer Aufbau"

-----+ + +-----
Verantwortlich: Günter Markscheffel